

„‘s ist Krieg“

Am 26. Februar, zwei Tage nach dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine, kamen 5.000 Menschen auf dem Kieler Rathausplatz zusammen, um gegen diesen neuen Krieg in Europa zu protestieren. Zu dieser Kundgebung hatten demokratische Parteien aufgerufen. Redner*innen waren sich weitgehend einig in der Forderung nach umgehendem Rückzug der russischen Armee und Friedensverhandlungen. Oleksandra Zapolska, eine seit 2008 in Kiel lebende Ukrainerin erklärte indes, man könne nicht mit jemandem verhandeln, der nicht bei Sinnen sei. Als Zapolska aber von der Bundesregierung die ultimative Aufnahme von Waffenlieferungen an die Ukraine verlangte, wurde das bei der bis dahin eher beschaulichen Veranstaltung mit einem Beifallssturm bedacht.

Schon am darauffolgenden Sonntag hat die Ampel-Koalition im Bund eine bedeutende, nein, eine historische Wende vollzogen. Mit bedeutungsschwerem Tembre erklärt Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag: „Wir müssen uns daher fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins Russland, und welche Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft?“ Das bisherige Mantra, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, sei obsolet. Mehr noch: Mit einem Wehretat von 100 Mrd. Euro solle die Bundeswehr „befähigt“ werden. Wer in dieser Situation stille Betroffenheit im Bundestag erwartet hat, wurde eines Besseren (?) belehrt: Mit Standing Ovations feierten Regierungsfraktionen und die der Union die größte Aufrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg – mit derselben Begeisterung, wie weiland am selben Ort der Reichstag für die Kriegsanzleihen.

Als der digital zugeschaltete Präsident Wolodymyr Selenskyj am 17. März in seiner Rede an die deutsche Regierung und die das Volk Vertretenden an die Verbrechen von SS und Wehrmacht in Babi Yar und anderen ukrainischen Orten erinnert und eingedenk dieser historischen Verantwortung im aktuellen Krieg über diplomatische Floskeln hinausgehende wirkliche Solidarität einfordert, klatschen die Abgeordneten und gegen zur Tagesordnung über.

An dieser Frage geht der Riss tief durch die Gesellschaft. Auch im Flüchtlingsrat herrscht Uneinigkeit darüber, ob Waffenlieferungen in ein Konfliktgebiet geeignete Strategien zur Befriedung sein könnten, oder ob sie nur zur Verlängerung oder sogar Eskalation des entfesselten massenweisen Mord und Todschlags beitragen. Letzteres erscheint in niemandes Interesse zu sein.

In den ersten 19 Tagen des Krieges sind 3 Mio. Menschen geflohen, weitere 4 Mio erwartet das UNHCR im Zuge einer Verschärfung der Lage. Eine der global durchschlagendsten Kriegsfolgen der kriegsbedingt zurückgehenden russischen und ukrainischen Nahrungsmittelexporte sind laut Welternährungsprogramm acht bis 13 Millionen mehr unterernährte Menschen in 50 vollständig Getreideimport-abhängigen Staaten, darunter Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon, Ägypten, Kenia und Süd-Sudan.

Während sich Medien hierzulande derweil über die Zwangsverpflichtungen der in der Ukraine verheizten und über den Einsatz belogenen blutjungen russischen Rekruten echauffie-

ren, überschlagen sie sich gleichzeitig vor Begeisterung über die – zwar nicht weniger zum Wehrdienst verpflichteten – heldenhaften Soldaten der ukrainischen Verteidigungsarmee. „‘s ist leider Krieg - und ich begehre, Nicht schuld daran zu sein!“ Ihren Matthias Claudius haben die vorwiegend christ-unionistischen Hinterbänkler, die in dieser Stimmung mit der Forderung nach umgehender Wiedereinführung der Wehrpflicht noch eins draufsetzen, offenbar nicht gelesen. „O Gottes Engel wehre, Und rede Du darein!“

In Russland werden die Medien zum Verschweigen der Wirklichkeit des Krieges gezwungen. Im „Westen“ verliert sich derweil eine freie Presse nicht selten in rassistischen Attitüden. CBS News erklärte, dass die Ukraine nicht mit dem Irak oder Afghanistan vergleichbar sei, weil es sich um ein „europäisches“ und „zivilisiertes“ Land handele. Der ukrainische Generalstaatsanwalt David Sakvarelidze berichtete im Interview, es nicht ertragen zu können, wie „europäische Menschen mit blauen Augen und blonden Haaren“ täglich getötet würden. Der britische Daily Telegraph findet den Krieg in der Ukraine deshalb besonders schlimm, weil die Opfer „aussehen wie wir“. Der Journalist Gabor Steingart darf unhinterfragt bei Hart aber Fair über Ukrainer*innen daher parlieren, die ja Christen seien und zu „unserem Kulturkreis“ gehörten, warum es wohl mit der Flüchtlingsaufnahme „diesmal funktioniere“.

Solcherart mediales rassistisches Geplapper bleibt nicht folgenlos. Aussiedler*innen und russischstämmige oder nur -sprachige Menschen erleben quasi über Nacht einen aggressiven Rassismus im Alltag, am Arbeitsplatz oder auf dem Schulhof. Anonyme Trolle hetzen im Netz gegen Geflüchtete aus Drittstaaten.

In dieser Stimmungslage müssen die europäischen Regierungen nicht fürchten, für die von ihnen beschlossene Qualität der Anwendung der Massenzustromrichtlinie gescholten zu werden. Demnach sollen nämlich geflüchtete ukrainische Staatsangehörige mit einer bis zu dreijährigen Aufenthaltserlaubnis, mit Arbeitsmarktzugang, Sprachförderung und der Freiheit der Wohnsitznahme gegenüber geflüchteten Drittstaatenangehörigen bevorzugt behandelt werden. Für die, die aus anderen Kriegen entkommen, z. B. aus dem Jemen, Syrien oder Süd-Sudan, gelten auch weiterhin Kasernierung, Arbeitsverbot und soziale Isolierung im Asylregime.

Unbeschadet dessen herrschen in Schleswig-Holstein gespannte Erwartung auf die Geflüchteten aus dem Krieg in der Ukraine. In den Kreisen und kreisfreien Städten vernetzen sich die zuständigen Verwaltungen im Bemühen um eine gute Aufnahme der Schutzsuchenden mit Migrationsfachdiensten, Verbänden und Bürgerinitiativen. Da kommt es gut, dass auch das Kieler Innenministerium zur Optimierung der Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu einem Runden Tisch eingeladen hat. Die Solidarität im Land ist groß. Und wer sie nach 2015 schon totgesagt hat, sieht sich landesweit eines Besseren belehrt.

War da noch was? Ja! Wählen wollen wir auch. Und zwar alle!

Martin Link

Kiel, 17.03.2022